



Presseinformation

Nr. 139 / 2012

Kiel, Donnerstag, 22. März 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Vorratsdatenspeicherung

Ingrid Brand-Hückstädt: Bundes-CDU muss sich bewegen!

Zu der Androhung der Europäische Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einzuleiten, falls die Weigerung zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung weiterhin aufrecht erhalten werde, erklärt die datenschutzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Die FDP setzt sich entschieden gegen die anlasslose Speicherung von Telefonverbindungsdaten ein. Was von manchen als unerlässliches Instrument der Kriminalitätsbekämpfung gepriesen wird, ist für uns Ausdruck eines Überwachungsstaates, in dem Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht gestellt werden. Im Übrigen ist die Wirksamkeit der Vorratsdatenspeicherung nicht belegt – dies hat eine Studie des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht erst kürzlich bestätigt. Die Weigerung der FDP-Bundesjustizministerin, die jetzige EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen, begrüße ich daher ausdrücklich“, so Brand-Hückstädt.

„Die Androhung von Strafzahlungen durch die Europäische Kommission ist auch politisch fragwürdig, denn schließlich sind die von der EU selbst versprochenen Nachbesserungen der Richtlinie bis heute nicht erfolgt. Warum sollte die Bundesrepublik mittels Strafzahlungen zur Umsetzung einer Richtlinie gezwungen werden, die von der Kommission selbst in der jetzigen Form nicht aufrechterhalten wird?“, fragt Brand-Hückstädt.

„Die Bundesjustizministerin hat einen Gesetzentwurf vorlegt, welcher anstelle der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung auf das sogenannte „Quick Freeze“-Verfahren setzt und einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheitsinteressen und Grundrechtsschutz schafft. Nicht die Liberalen erweisen sich hier als Blockierende – vielmehr verhindert die Union die Möglichkeit einer weniger eingriffsintensiven Ausweitung von Ermittlungsmöglichkeiten. Sie muss sich bewegen“, so Brand-Hückstädt abschließend.